

Markenzeichen Sklavenarbeit

Argentinien: Textilproduktion in illegalen Klitschen



In Argentiniens Bekleidungsindustrie arbeiten vor allem MigrantInnen unter häufig sklavenähnlichen Bedingungen, mit überlangen Arbeitszeiten und Unterbringung in den Werkstätten. Die NRO La Alameda in Buenos Aires hat es sich zur Aufgabe gemacht, gegen diese Zustände vorzugehen und die ArbeiterInnen zu unterstützen.

Im Gegensatz zum Rückgang der Industrieproduktion in vielen Branchen befindet sich die Textilindustrie in Argentinien im Aufschwung. Nach der Abwertung des Peso 2002 wurden in verschiedenen Bereichen Importe durch Produktion im Land ersetzt. Die Textilbranche wuchs seitdem um 169 Prozent und sorgte bei Herstellern und Markenfirmen für satte Gewinne. Vorher war die Textilproduktion durch die Anbindung des Peso an den US-Dollar und die Öffnung des Landes für Importe fast zum Erliegen gekommen. Das neue Wachstum wird von der Regierung mit Schutzzöllen geför-

VON GUSTAVO VERA

dert. Aber es hat eine Schattenseite. 78 Prozent der in Argentinien gefertigten Kleidungsstücke werden in illegalen Textilklitschen hergestellt, wo die NäherInnen sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen unterworfen sind. Es sind überwiegend MigrantInnen, die hier für Arbeitstage von bis zu 18 Stunden mit der Hälfte des Mindestlohns abgespeist werden und eingesperrt in den überfüllten Werkstätten hausen. Mangelerkrankungen, Tuberkulose und Lungenentzündungen sind verbreitete Begleiterscheinungen.

An dieser sklavenmäßigen Ausbeutung sind nicht nur die Markenfälscher des Marktes La Salada beteiligt, sondern genauso die großen nationalen und internationalen Markenfirmen. Zigtausende solcher Klitschen befinden sich in der Hauptstadt und im Großraum Buenos Aires, in Córdoba und anderen Städten. Mehr als 200 000 NäherInnen sind von solchen Zwangsarbeitsbedingungen betroffen. Viele MigrantInnen wurden von Menschenhändlern in diese Situation gebracht.

Seit 2005 läuft ein Großverfahren wegen Sklavenarbeit, in das mehr als hundert Markenfirmen verwickelt sind, deren Produktion in solchen Werkstätten stattfindet. Die Untersu-

Angekettet an die Nähmaschine

Zwei bolivianische Näherinnen über ihre Erfahrungen in illegalen Textilkitschen in Buenos Aires

VON ARMANDO CAMINO

Jetzt teilt sie sich zwei Badezimmer mit ihren elf KollegInnen und Mitgliedern der Kooperative La Alameda. Aber früher musste Lourdes Hidalgo, 43-jährige Bolivianerin, warten, bis sie an die Reihe kam, bei der einzigen Dusche für 65 Personen, mit denen sie in einer Textilkitsche im Stadtteil Caballito, dem geografischen Zentrum von Buenos Aires, lebte und arbeitete. Bis zu dem Brand im März 2006, bei dem sechs Personen starben, vier Kinder zwischen drei und zehn Jahren, ein 15-jähriger Jugendlicher und eine schwangere 25-Jährige. Vier Jahre später liegt das Strafverfahren gegen die Chefs der Werkstatt in der Luis-Viale-Straße auf Eis, nachdem der Richter sich für den Prozess gegen die Besitzer der Werkstatt und die Aufsichtsbehörden für unzuständig erklärt hatte.

„Das war eine sehr schmerzhafteste Erfahrung, ich kann die Personen, die dort starben, nicht vergessen. Wenn ich heute eine Feuerwehrsirene höre, könnte ich anfangen zu weinen, ich habe Angst vor Feuer. Ich will, dass Gerechtigkeit geschieht, aber dafür wurde nichts getan, sie wollten die Schuld auf die Arbeiter schieben, die dort lebten“, beklagt sich Hidalgo, die 2003 ihre Stadt El Paso verließ, nachdem eine Verwandte in Buenos Aires ihr eine Arbeit angeboten hatte. Wie tausende ihrer Landsleute überquerte sie die Grenze, ohne ihre Papiere in Ordnung zu bringen – die in anderen Fällen von den Unternehmern einbehalten werden –, um sich in einer Textilkitsche zu verdingen, einer von tausenden von Werkstätten mit Heimarbeitslizenzen, die im Auftrag nationaler oder internationaler Markenfirmen Bekleidung herstellen.

„Über die erste Werkstatt kann ich mich nicht beklagen, mit Schichten von 8 bis 20 Uhr gab es 1100 Pesos (etwa 220 Euro) und wir wurden gut behandelt, aber nach einem Jahr wurde ich krank, ich musste aufhören zu arbeiten, und als ich zurückkommen wollte, gab es keinen Arbeitsplatz mehr für mich, also ging ich zu einer anderen Werkstatt.“ So kam sie vom Regen in die Traufe. Im Erdgeschoss eines dreistöckigen Fabrikgebäudes, in dem nur fünf Nähmaschinen zugelassen waren, arbeiteten 40 bolivianische NäherInnen von 7 Uhr morgens bis 23 Uhr. Lourdes erinnert sich, dass sie manchmal bis 2 Uhr morgens an der Nähmaschine saß. In den oberen Stockwerken wohnten die ArbeiterInnen, größtenteils Familien mit insgesamt 25 Kindern, in Verschlägen, die mit Stoff und Karton abgetrennt waren. Das alles für einen Monatslohn, der je nach Produktivität etwa 700 Pesos (140 Euro) betrug und abgesehen von dem wöchentlichen Vorschuss von 50 Pesos nur alle drei Monate

ausgezahlt wurde. „Das war so, damit die Leute nicht vorzeitig abhauen, aber mir haben sie in der ganzen Zeit überhaupt nichts gezahlt“.

Nach vier Monaten erleidet Lourdes Hidalgo auf der Toilette beinahe einen tödlichen Stromschlag durch herumhängende Kabel: „Ich beschwerte mich über den schlechten Zustand der Werkstatt, aber einer der Chefs sagte mir, sie seien es gewohnt, so zu arbeiten, und wenn mir das nicht passte, könnte ich ja gehen“. Obwohl sie sich entschloss, die Werkstatt zu verlassen, musste sie vorher noch ihre zugewiesene Arbeit fertig machen, zwei weitere Wochen Arbeit, die von den Flammen nach einem Kurzschluss jäh unterbrochen wurden. „Wir hatten danach keine Wohnung und auch sonst nichts mehr, nur die Kleidung, die wir anhatten. Wir hatten alle Angst, weil sie uns drohten, wir dürften nicht darüber sprechen“. Der dramatische Brand in der Luis-Viale-Str. 1269 brachte die in der Textilindustrie Argentiniens verbreiteten sklavenähnlichen Zustände ans Licht. „Wir hatten solche Fälle seit 2004 öffentlich gemacht, aber leider musste erst eine Tragödie passieren, damit das ernst genommen wurde“, beklagt sich Tamara Rosenberg, Kollegin von Lourdes und Koordinatorin der Kooperative La Alameda.

„Jemand hatte mir von La Alameda erzählt, ich ging dort vorbei, fand gut, wofür sie kämpfen, und so bin ich geblieben“, meint Lourdes, während sie mit der Maschine ein T-Shirt mit der Aufschrift „Eine Welt ohne Sklaven“ zusammennäht. Sie bekommt jetzt 1500 bis 2500 Pesos (300-500 Euro) für einen Acht-Stunden-Tag, wie er auf einem anderen Kleidungsstück der eigenen Marke Mundo Alameda gefordert wird.

Neben ihr hält Daisy Cahuapaz, 33 Jahre alt und ebenfalls Bolivianerin, die Nähmaschine an, um zu erzählen, dass sie 2003 mit einer Tochter auf dem Arm zu Fuß über einen Friedhof die Grenze nach Argentinien überquert hat. „Wir konnten nicht durch die Kontrolle, weil sie damals keine Visa ausstellten und uns festhielten. Ich hatte nur 100 Bolivianos (10 Euro) mit, die bald aufgebraucht waren, ich hatte für mein Kind nichts zu essen, wir schliefen auf der Straße und fuhren in uralten Lieferwagen mit“. Für die Schulden von 200 Dollar, die für die Reise von La Paz nach Buenos Aires für sie, ihren Mann und das dreijährige Kind zusammengekommen waren, sollte das Paar zwei Monate in einer Textilwerkstatt arbeiten, in der sie auch lebten. „Ich war dort fast ein Jahr, aber sie bezahlten mir nichts, ich ging ohne Geld raus. Ich wollte die Besitzerin anzeigen, weil deren Kind außerdem meines schlug, aber mein Mann wollte keinen Ärger, weil sie seine Tante war, und so beschlossen wir zu gehen“. ■

chungen und die Öffentlichkeitsarbeit von *La Alameda* sowie der Brand in einer illegalen Textilklitsche 2006 im Stadtteil Caballito, bei dem sechs Menschen starben, brachten die Verhältnisse ans Licht. Aber sowohl in dem Verfahren wegen des Brandes als auch in dem Großverfahren sind nur die Betreiber der Werkstätten angeklagt. Das Vorgehen folgt der Klassenlogik: Es begünstigt und deckt die großen Markenfirmen und macht nur die Besitzer der Klitschen verantwortlich. Das System wird nicht angetastet.

Die Markenfirmen setzen die Preise fest und suchen sich *Sweatshops*, die bereit sind, unter entsprechend unwürdigen Bedingungen zu produzieren. Das Gesetz zur Heimarbeit (12.713), das die Markenfirmen sowohl arbeits- als auch strafrechtlich für die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern verantwortlich macht, wird bewusst nicht angewandt. 2007 wurden Klitschenbetreiber verurteilt – aber nach dem Straf- und Ausländerrecht, so als gäbe es das Gesetz zur Heimarbeit nicht. Interessanterweise taucht dieses Gesetz in den letzten Textausgaben des Strafrechts nicht mehr auf, obwohl es strafrechtliche Bestimmungen enthält.

Es gibt nur wenige Ausnahmen von dieser Nichtbeachtung: Richter Sergio Torres ging im Fall einer illegalen Textilklitsche in Parque Patricios nach diesem Gesetz sowohl gegen den Werkstattbetreiber als auch gegen die Auftragsfirma vor, und Staatsanwälte begründeten damit Ermittlungen gegen die Inhaber der Textilfirmen Soho und Kosiuko. Markenfirmen und Unternehmerverbände der Branche machen der Regierung Druck, das Gesetz zur Heimarbeit so zu ändern, dass sie für die Folgen der Auslagerung in illegale Klitschen nicht belangt werden können. 2008 legte Arbeitsminister Carlos Tomada einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der aber nicht durchkam, nachdem La Alameda öffentlich protestiert hatte und Abgeordnete die Zustimmung verweigerten.

Diese Reformversuche und die Nichtanwendung des Gesetzes 12.713 haben handfeste Gründe in den Interessen der BekleidungsfabrikantInnen und -händlerInnen. Durch das Gesetz könnten ihre Profite reduziert und der Gewinn zwischen anderen Gliedern der Produktionskette aufgeteilt werden. Das würde auch den Profit der LadenbesitzerInnen betreffen, die für die Verkaufslöcher astronomische Mieten erzielen.

Wir sollten aber nicht vergessen, dass unsere Beamten, Staatsanwälte und Richter größtenteils aus den wohlhabenden Schichten und aus Familien kommen, deren Namen für Wirtschafts- und Finanzmacht stehen. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass sie sich in ihrer öffentlichen Funktion

nicht um die Rechte der Ärmsten kümmern, sondern die Interessen der Zirkel vertreten, aus denen sie selbst kommen und denen sie unter Umständen Loyalität beweisen müssen, um weiter dazuzugehören.

So wird das Gesetz zur Heimarbeit offen missachtet und die Markenfirmen bewirken mit ihren unmöglichen Preisen sklavenähnliche Bedingungen in den *Sweatshops*. Die Kosten- und Gewinnstruktur ist die Basis für Prekarisierung und Sklavenarbeit in den Werkstätten. Das Nationale Institut für Industrietechnologie INTI, La Alameda und die Gewerbeaufsicht von Buenos Aires stellten in einer gemeinsamen Studie 2006/2007 fest, dass der Betrag, den eine Nähwerkstatt für die Fertigung eines Kleidungsstückes bekommt, bei höchstens fünf Prozent des Endpreises liegt. Für die Herstellung der Stoffe fallen allenfalls 15 Prozent an. Die übrigen 80 Prozent streichen Zwischenhändler, Markenfirmen und Franchiseläden ein. Bei dieser Kostenstruktur fehlt nur noch ein Werkstattbesitzer, der bereit ist, als Sklaventreiber zu fungieren. Wenn mal wieder sklavenartige Arbeits- und Wohnverhältnisse in einer Arbeitsstätte zum öffentlichen Skandal werden, wird die Justiz in der Regel ausschließlich

den Werkstattbesitzer, der höchstens drei Prozent des Endverkaufspreises erhält, zur Rechenschaft ziehen, während die Großverdiener in diesem Ausbeutungssystem straffrei ausgehen. Damit das so bleibt, müssen die Richter immer wieder das Gesetz 12.713 missachten.

Das Institut INTI lancierte 2006 eine zweiteilige Kampagne gegen die Sklavenarbeit. Zum einen wurden alle

Markenfirmen aufgefordert, ihre Produktionsketten (Verkaufsstellen, Zwischenhändler und Werkstätten) überprüfen zu lassen. Zur Mängelbehebung bot INTI technische Unterstützung an, damit die Firmen das Label für Saubere Kleidung ohne Sklavenarbeit bekommen könnten. Sechs Jahre nach Beginn des Programms hatte der Großteil der Markenfirmen die Überprüfung einseitig abgebrochen. Nur eine einzige Firma für Arbeitsbekleidung stand kurz davor, das Label zu erhalten. Mit dem zweiten Teil der Kampagne wurden alle Institutionen auf Stadt-, Provinz- und Landesebene aufgerufen, nur Kleidung von Herstellern mit dem Label des INTI einzukaufen. Bis heute hat einzig und allein das Verteidigungsministerium das Abkommen unterzeichnet und Mängel beseitigen lassen. Alle übrigen kümmerten sich überhaupt nicht um die Kampagne. Für dieses Scheitern sind verschiedene Akteure verantwortlich: In erster Linie der Staat, der die Markenfirmen nicht zur Überprüfung verpflichtet und



La Alameda: weder Sklaven noch Ausgeschlossene

FOTO: FUNDACIONALAMEDA.ORG

seine Möglichkeiten, mit der Gewerbeaufsicht gegen diejenigen vorzugehen, die sich der Sklavenarbeit bedienen, nicht nutzt; zweitens die Markenfirmen, die lieber mit dem schlechten Ruf leben als die gravierenden Mängel in ihrer Wertschöpfungskette zu beseitigen, und schließlich einige für die Kampagne zuständige Beamte des INTI, die davon nicht überzeugt waren und generell vor den Firmen einknicken.

Ende 2008 erließ Richter Torres das historische Urteil gegen den Betreiber einer Klitsche in Parque Patricios, in der 30 NäherInnen unter sklavenähnlichen Bedingungen hausten, und auch gegen dessen Auftraggeber. Er ordnete an, dass die Maschinen beschlagnahmt und für soziale Zwecke zugunsten der Ausgebeuteten verwendet werden sollten. Das INTI sollte Opfer illegaler Klitschen aufrufen, Kooperativen zu gründen und mit diesen Maschinen in einer eigens dafür bestimmten Industrieanlage zu arbeiten. Diese als Polo Textil bezeichnete Anlage wurde 2009 eingeweiht. Heute arbeiten

den meisten Abgeordneten auf unerbittliche Ablehnung stieß. Hier werden gemeinsame Interessen und Anzeichen von Korruption deutlich. Obwohl Sklavenhalter angeblich bekämpft werden, kommen sie ungeschoren davon. Ein Höhepunkt dieser Komplizenschaft war die Aufnahme der Chefs von La Salada in die offizielle Delegation, die nach Angola und Aserbeidschan reiste, um dort diesen Riesensmarkt als Modell vorzustellen. La Salada ist ein Markt mit 12 000 HändlerInnen auf einer Fläche von 20 Hektar in Lomas de Zamora, auf dem pro Jahr etwa 100 Millionen US-Dollar umgesetzt werden. Er entstand ursprünglich als Rebellion der Nähwerkstätten gegen die Auftraggeber, die ihnen erbärmliche Beträge zahlten. Mit seinen Preisen weit unter denen der Kaufhäuser wurde der Markt sehr beliebt. Das Geheimnis lag in der Ausschaltung der Zwischenhändler und geringeren Gewinnen für die Betreiber der Werkstätten. Trotzdem war La Salada letzten Endes nur für die Werkstattbetreiber und Händler ein Gewinn, nicht aber für die Nähe-

rInnen in den mehr als 20 000 illegalen Klitschen, in denen für La Salada produziert wird. Die Bedingungen sind hier nicht besser als in den *Sweatshops*, die für die Markenfirmen produzieren. Auch hier erleben die MigrantInnen, die von Menschenhändlern ins Land geholt wurden, das Drama von Zwangsarbeit und Unterbringung auf engstem Raum in einer Art Knechtschaft. La Salada hat die betrügerischen Verkaufspraktiken der Markenfirmen und ihrer Zwischenhändler sowie deren obszöne Gewinnmaximierung praktisch aufgezeigt. Aber trotz des Wachstums und der hohen Gewinne für die Betreiber und HändlerInnen besteht die produktive Basis weiterhin aus zehntausenden NäherInnen, die in extremer Armut und sklavenähnlichen Verhältnissen die Kleidung für diesen Markt herstellen. 2007 haben wir gemeinsam mit dem INTI und der Gewerbeaufsicht berechnet, dass die Produkte auf diesem Markt nach einer Legalisierung der ArbeiterInnen immer noch 53 Prozent billiger als in den Warenhäusern verkauft werden könnten, selbst wenn die NäherInnen

in den 20 000 Klitschen mit Papieren arbeiten, Tariflohn bekommen und alle Abgaben bezahlen würden. Für die illegale Ausbeutung der NäherInnen gibt es also kein Argument, abgesehen von der Gier der Marktbetreiber, den Interessen der Polizei, die fette Schmiergelder kassiert, und denen der beiden größten Parteien der Provinz Buenos Aires, die sich ihren Wahlkampf von La Salada sponsern lassen. Da die Regierung nichts gegen die Zustände unternimmt und La Salada im Ausland als Modell verkauft, unterstützt sie faktisch die Sklavenarbeit, auf der dieses Großunternehmen basiert – 200 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei in Argentinien. ■

La Alameda: Von der Nachbarschaftsversammlung zur NRO gegen Sklavenarbeit



La Alameda entsteht Ende 2001 als eine der vielen Nachbarschaftsversammlungen, mitten in Krise und Aufstand. Als erstes organisieren sie eine Suppenküche im Avellaneda-Park im Süden von Buenos Aires, für die vielen Familien, die durch die Krise in Armut abgestürzt sind. Mit dem Wintereinbruch wird es im Park zu kalt, also besetzen sie

gegenüber die leerstehende Pizzeria La Alameda, wo sie jahrelang mit Spenden aus der Nachbarschaft eine Kantine betreiben. Die Räume werden auch für Feste und Familienfeiern genutzt. Hier lernen sie die ersten bolivianischen ArbeiterInnen kennen, die von den sklavenähnlichen Bedingungen berichten, denen sie in den Textilkitschen ausgesetzt sind. La Alameda bringt die Zustände an die Öffentlichkeit und demonstriert gegen die Markenfirmen, die von der Sklavenarbeit profitieren. Mehr als hundert dieser Markennamen sind auf ihrer Webseite aufgelistet. Zur Unterstützung der ArbeiterInnen gründen sie 2005 die Gewerkschaft UTC (Unión de Trabajadores Costureros). 2007 entsteht eine Kooperative, die Bekleidung unter dem eigenen Label Mundo Alameda herstellt. Sie vernetzen sich mit ähnlichen Projekten in anderen Ländern und sind an der internationalen Marke No Chains beteiligt. Schließlich gründen sie noch die Stiftung *Fundación Alameda*, die Untersuchungen durchführt und Anzeigen wegen Sklavenarbeit und Menschenhandel verfolgt. Nach der Wahlbeteiligung in einem Antikorruptionsbündnis haben sie seit Dezember 2013 einen Abgeordneten im Kongress.

dort mehr als 100 NäherInnen in acht Kooperativen. Wenn dieses Beispiel Schule machen würde, wäre der Verlust der Produktionsmittel für die Sklavenhalter eine effektive Strafe und der Staat hätte durch die Beschlagnahmung die Mittel, den Opfern zu einem Arbeitsplatz mit würdigen Bedingungen zu verhelfen. Aber das Beispiel bleibt bislang eine Ausnahme.

In den Debatten zur Reform des Gesetzes gegen Menschenhandel haben wir, die Mitglieder von La Alameda, gefordert, die Beschlagnahmung des Eigentums von Menschenhändlern, Sklavenhaltern und Mafia sowie dessen Gebrauch für soziale Zwecke zugunsten der Opfer voranzutreiben, was bei